

BÜRO FRANKREICH

DR. NINO GALETTI

TATJANA SARANCA

NELE KATHARINA WISSMANN

7. Mai 2018

www.kas.de

Ein Jahr Macron

EINE BILANZ SEINER REFORMVORHABEN

Auf der internationalen Bühne ist Frankreichs Staatspräsident Emmanuel Macron inzwischen ein Politstar, an seinen Visionen misst man die Zukunft Europas. Im Inland gilt er als Macher: Bei der Erneuerung des französischen Wirtschafts- und Sozialmodells legt Macron ein rasantes Tempo vor. Von den Reformprojekten ist praktisch jeder Bewohner Frankreichs betroffen. Dennoch ist die Stimmung eher positiv als negativ geprägt. An einer Beibehaltung des Status quo besteht kaum Interesse. Vielfach besteht die Bereitschaft, dem neuen Präsidenten eine Chance zu geben.

Macron lässt keinen Zweifel daran, dass er auf seine politischen Versprechungen reale Taten folgen lässt. Von den aktuellen Protesten und Streiks lässt er sich nicht beeindrucken. Dies bringt ihm den Vorwurf der Arroganz ein – insbesondere bei denen, die es gewohnt waren, dass lautstarke Demonstrationen zu Nachverhandlungen bei anstehenden Gesetzesprojekten führen.

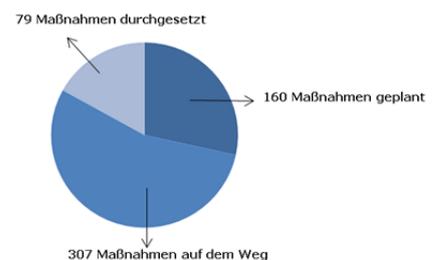
Macrons Ziel ist es, dass Frankreich wirtschaftlich wieder aufschließt, um innerhalb der Europäischen Union mit Deutschland auf Augenhöhe zu sein. Er will, dass Frankreich seine Führungsrolle in Europa und weltweit künftig nicht allein aus seiner militärischen Stärke bezieht. Dabei ist ihm klar, dass Frankreich dies nur mit der Europäischen Union erreichen kann, nicht gegen die EU.

Rasch hat Macron seinen eigenen Stil gefunden: Sein Auftreten ist zweifellos präsidial und würdevoll, seine Reden sind elegant – keine Selbstverständlichkeit bei einem erst 40-jährigen Politiker, der nie zuvor ein Wahlamt bekleidet hatte. Macron ist verbindlich im Ton, aber kompromisslos in

der Sache. Er scheut sich nicht vor Widerstreit und versucht in der Debatte zu überzeugen. Er strahlt Tatkraft und Zuversicht aus, treibt an und wirkt nicht getrieben. Schließlich weiß er die royale Kulisse Frankreichs und die internationale Bühne geschickt für sich zu nutzen.

In seinem ersten Amtsjahr hat Emmanuel Macron aber auch viel Glück gehabt: Anders als in den Vorjahren gab es in den vergangenen zwölf Monaten keine akute nationale oder internationale Krise und keinen größeren Terroranschlag, bei denen sich der junge Präsident unter dem Druck der Ereignisse hätte bewähren müssen. Die Wirtschaft erholt sich, die Arbeitslosigkeit sinkt leicht. Die Vorarbeiten seines Vorgängers entfalten Wirkung und werden von Macron mit neuem Elan fortgeführt. Seine Regierung besteht überwiegend aus Fachleuten ohne eigene politische Ambitionen. Im Parlament kann sich die Regierung auf eine sichere Mehrheit verlassen. Macrons Bewegung „La République en Marche“ besteht größtenteils aus pragmatischen, wenn auch wenig erfahrenen Abgeordneten, die Macrons Kurs sachorientiert und konstruktiv unterstützen.

Umsetzung des Wahlprogramms „Vertrag mit der Nation“



*Erstellt auf Basis der Angaben auf transformer.en-marche.fr

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

BÜRO FRANKREICH

DR. NINO GALETTI

TATJANA SARANCA

NELE KATHARINA WISSMANN

7. Mai 2018

www.kas.de

Gleichzeitig ist die Opposition geschwächt: Die bürgerlich-konservativen Républicains sind sich uneinig, ob sie den Präsidenten unterstützen oder bekämpfen sollen – und haben sich in der Assemblée in zwei Fraktionen aufgespalten. Ihr neuer Vorsitzender Laurent Wauquiez wirkt polarisierend und hat bislang erkennbar wenig unternommen, um die liberal orientierten Parteimitglieder zu integrieren. Marine Le Pen ist beschädigt aus dem Präsidentschaftswahlkampf hervorgegangen und lediglich mit sieben weiteren Abgeordneten des Front National in der Assemblée nationale vertreten. Der Linkspopulist Jean-Luc Mélenchon hat es nicht vermocht, die Linke zu einen und spielt im Parlament keine wahrnehmbare Rolle. Die Sozialisten sind nurmehr mit 30 Abgeordneten in der Assemblée vertreten und kämpfen um ihr politisches Überleben.

Mit entsprechend wenig Gegenwind hat der junge Präsident die „Transformation“ Frankreichs in seinem ersten Amtsjahr vorangetrieben. Macrons innenpolitische Bilanz, die im Folgenden vorgestellt wird, beeindruckt seine Unterstützer und Gegner.

Arbeitsmarktreform

Inhalt

Leichtere betriebsbedingte Kündigungen: Die Regierung will betriebsbedingte Kündigungen für Firmen in wirtschaftlichen Schwierigkeiten erleichtern. Bei international tätigen Unternehmen soll nur noch die wirtschaftliche Lage der Firma in Frankreich als Bewertungsgrundlage hinsichtlich der Frage genommen werden, ob Entlassungen gerechtfertigt sind oder nicht. Die bisherige Regelung soll vermeiden, dass international tätige Unternehmen in Frankreich Arbeitsplätze abbauen, aber gleichzeitig in anderen Ländern Gewinne machen.

Deckelung von Abfindungen: Die Unternehmen stellten vor allem deshalb keine neuen Mitarbeiter an, weil sie Angst hätten, sich im Notfall nicht mehr – oder nur sehr kostspielig – von ihnen trennen zu können. Die von den Arbeitsgerichten zugesprochenen Abfindungen sind in Frankreich rund doppelt

so hoch wie in Deutschland. Die Regierung will diese Abfindungen nun deckeln. Den Arbeitsgerichten sollen entsprechende Obergrenzen vorgegeben werden, die sich an der Dauer der Betriebszugehörigkeit bemessen.

Stärkung von Betriebsvereinbarungen: Betriebsvereinbarungen werden mehr Gewicht bekommen. Die Regierung argumentiert, direkte Verhandlungen zwischen einem Firmenchef und der Belegschaft würden den Bedürfnissen beider Seiten am besten gerecht. Die Regierung will es Unternehmen zudem erleichtern, ihre Belegschaft mit einer Befragung über eine Vereinbarung abstimmen zu lassen. Branchenvereinbarungen werden aber weiter eine große Rolle spielen. Die Felder, die sie regeln, werden ausgeweitet, unter anderem auf befristete Verträge.

Zusammenlegung von Arbeitnehmervertretungen: In französischen Unternehmen gibt es derzeit vier verschiedene Formen von Arbeitnehmervertretungen, vom Betriebsrat bis hin zu Komitees, die zuständig sind für die Sicherheit am Arbeitsplatz. Die Regierung will zumindest drei von ihnen zusammenlegen, damit der soziale Dialog „effizienter“ verläuft. Kleine und mittlere Unternehmen, in denen es keine Gewerkschaftsvertreter gibt, sollen künftig auch mit Personalvertretern ohne Gewerkschaftsmandat verhandeln dürfen.

Gegner und Befürworter

Arbeitgeber begrüßen die Arbeitsmarktreform. Das neue Arbeitsgesetz werde endlich der Realität der Arbeitgeber gerecht, so der Arbeitgeberverband MEDEF. Insbesondere den kleinen und mittleren Unternehmen sollen die neuen Regelungen zugutekommen. Bürokratische Hürden, die die kleineren und mittleren Unternehmen bislang gehindert haben, zu expandieren, sollen Dank der neuen Gesetzeslage fallen. Gewerkschaften und linke Parteien kritisieren sie dagegen als Abbau von Arbeitnehmerrechten. Das Gesetz höhle den Schutz der Beschäftigten aus, heißt es von Seiten der Kritiker. Die Verabschiedung der Gesetzesvorhaben wurde daher von einer Protestwelle begleitet, angeführt durch die linke Gewerkschaft CGT

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

BÜRO FRANKREICH

DR. NINO GALETTI

TATJANA SARANCA

NELE KATHARINA WISSMANN

7. Mai 2018

www.kas.de

und der linkspopulistischen Partei des ehemaligen Präsidentschaftskandidaten Jean-Luc Mélenchon, „La France insoumise“. Den gewünschten Erfolg zeigte der Aufruf zum Protest jedoch nicht. Im vergangenen Herbst folgten nur 130.000 Menschen den Linkspopulisten auf die Straße und damit weitaus weniger, als erwartet. Auch am 1. Mai 2018, dem Tag der Arbeit und traditionellen Fest der Arbeitnehmer, fanden sich in ganz Frankreich lediglich zwischen 150.000 und 200.000 Menschen zu den von den Gewerkschaften organisierten Demonstrationen ein.

Planungsstand

Macrons größtes Reformpaket ist im September 2017 per Verordnung in Kraft getreten. Dem Beschluss in der Nationalversammlung ist jedoch keine Debatte vorausgegangen: Das Parlament hat der Regierung nämlich eine Ermächtigung gegeben, die Reform mit den fünf Verordnungen zu erlassen. Getragen von der Idee, dass ein breiter Konsens notwendig ist, sind dem Maßnahmenpaket hingegen etwa 50 Treffen mit den Sozialpartnern vorausgegangen. Macron wollte sich nicht vorwerfen lassen, er habe die Gewerkschaften umgangen.

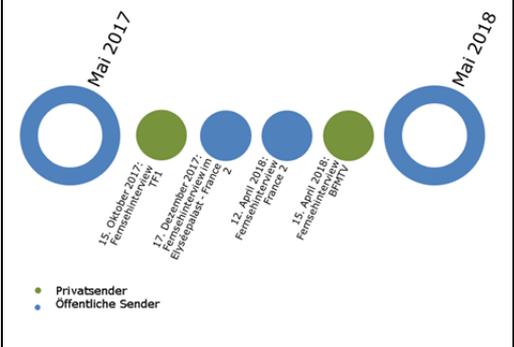
Rückblick

Den französischen Arbeitsmarkt zu reformieren, war eines der zentralen Wahlsprechen Macrons. Zu unflexibel ist das Arbeitsgesetz bisher gewesen, worauf mitunter die hohe Arbeitslosigkeit zurückzuführen ist. Die Idee einer Arbeitsmarktreform in Frankreich ist nicht neu. Auch schon Emmanuel Macrons sozialistischer Vorgänger François Hollande hatte versucht, den schier unreformierbaren „code du travail“ zu modernisieren – wie Hollande sind vor ihm auch Nicolas Sarkozy, Jacques Chirac und François Mitterrand an der Liberalisierung des in Frankreich als so unflexibel geltenden Arbeitsrechts gescheitert. Seit 1984 ist die Arbeitslosigkeit in Frankreich nie unter sieben Prozent gefallen. Die Massenarbeitslosigkeit in Frankreich hat viele Ursachen: Das Land leidet schon lange unter einer anhaltenden Konjunkturschwäche, was auch am schwachen Industriesektor liegt. Auf wichtigen internationalen Auslandsmärkten ist das Land nicht präsent.

Ausblick

Das neue Arbeitsgesetz kann langfristig dazu beitragen, die Wettbewerbsfähigkeit der französischen Unternehmen zu steigern und ausländische Investoren zurück ins Land zu holen. Das wird langfristig zur Schaffung von neuen Arbeitsplätzen führen. Vor allem aber soll der so lange vernachlässigte französische Mittelstand durch ein flexibleres Gesetz zu Neueinstellungen ermutigt werden. Dieser wurde als tragende Säule der französischen Wirtschaft bislang von der Regierung weitgehend ignoriert. Bis die Wirkungen der Reformen greifen, können Jahre ins Land gehen. Sollte dies vor 2022 der Fall sein, wird Macron die Lorbeeren dafür sammeln. In dieser Hinsicht war es strategisch klug von ihm, das unpopulärste Projekt seines Wahlprogramms direkt zu Beginn der Legislaturperiode anzupacken.

Macrons Medienstrategie



Zu Beginn seiner Amtszeit hatte Staatspräsident Emmanuel Macron angekündigt, die Medien stärker als seine Vorgänger auf Distanz halten zu wollen. Gerade die „Off the record“-Gespräche mit Journalisten wollte er einschränken. Eine Kehrtwende seiner Medienstrategie stellte das 22 Seiten-lange Interview in der Wochenzeitschrift „Le Point“ von August 2017 dar, in dem er seine Reformpläne vorstellte. Im April 2018 zog er in zwei Fernsehinterviews eine erste Bilanz seiner einjährigen Amtszeit.

Rentenreform

Inhalt

Die avisierte Rentenreform sieht insbesondere vor, die bisher unterschiedlich funktionierenden Systeme zusammenzulegen. Eine Folge davon ist, dass Privilegien einzelner

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

BÜRO FRANKREICH

DR. NINO GALETTI

TATJANA SARANCA

NELE KATHARINA WISSMANN

7. Mai 2018

www.kas.de

Berufsgruppen abgeschafft werden sollen. So sollen Beamte in dasselbe Rentensystem eingegliedert werden wie Arbeitnehmer aus der freien Wirtschaft. Eine drastische Änderung ist u.a. für die Berufsgruppe der Eisenbahner vorgesehen. Diese durften bislang mit 52 bzw. 55 Jahren in Rente gehen. Die geplante Reform wird damit Privilegien angreifen, die teilweise auf die Zeit vor der französischen Revolution zurückgehen. Dabei sollen den Angestellten der speziellen Berufsgruppen ihre Privilegien garantiert werden. Die Änderung beträfe Neuangestellte.

Es gibt unterschiedliche Spekulationen darüber, wie das neue Rentensystem aussehen könnte. Das generelle Berechnungssystem bezieht sich auf das durchschnittliche jährliche Gehalt des Arbeitnehmers. Eine Möglichkeit wäre ein Punktesystem, ähnlich wie es auch in Deutschland besteht. Damit äußern sich Lebensetappen wie die Erziehung von Kindern oder die Pflege von Verwandten positiv in der Berechnung der Rente. Eine andere Option wäre das „virtuelle Rentenkonto“, wonach der über die Beitragsjahre angesammelte Rentenanspruch auf Grundlage der theoretischen Lebenserwartung ausgezahlt wird. Beispiel: Hat ein Arbeitnehmer 150.000 Euro an Beiträgen eingezahlt und die durchschnittliche Lebenserwartung für seine Generation beträgt 78 Jahre, so hat er theoretisch noch 13 Jahre zu leben und hat einen jährlichen Anspruch von $150.000/13 = 11.538$ Euro (oder monatlich 962 Euro).

Das allgemeine Renteneintrittsalter von 62 Jahren bzw. nach 41 Beitragsjahren soll im Übrigen nicht angetastet werden. Auch wird nach wie vor zwischen Angestellten und Selbstständigen unterschieden.

Planungsstand

Wenn es nach Macron geht, so soll die Rentenreform spätestens 2019 umgesetzt werden. Details zum Inhalt des Rentengesetzes wurden bislang noch nicht bekannt gegeben. Nach einem im Juni 2017 durch die Regierung veröffentlichten „Reformkalender“ soll das Gesetz „im Laufe des Jahres 2018“ angepackt werden, jedoch noch vor der Reformierung der Arbeitslosenversicherung. Emmanuel Macron gab in einer Rede vom 22. Januar bekannt, die neue Regelung

vor dem Sommer 2019 auf Papier bringen zu wollen. In der Nationalversammlung wird das Vorhaben aller Voraussicht nach im letzten Trimester 2019 diskutiert werden.

Gegner

Schon der Zorn über die Reform der Staatsbahn wurde auf den Straßen Frankreichs ausgetragen, organisiert durch die Gewerkschaften. Die Abschaffung der Privilegien der Eisenbahner, mitunter ihr Recht auf eine frühe Rente verursachte einen Dauerstreik von drei Monaten, bei dem jeweils an zwei Tagen in der Woche und insgesamt 36 Tagen gestreikt wird. Auf die unnachgiebige Haltung der Regierung reagieren die Gewerkschaften mit der Drohung, die Streiks auszuweiten. Angesichts der unbezahlten Tage geht den streikenden Eisenbahnern jedoch langsam die Puste aus. Woche um Woche legen immer weniger Beschäftigte der SCNF ihre Arbeit nieder. Die sonst mit Streikenden solidarische französische Bevölkerung steht diesmal eher auf der Seite der Regierung: laut Umfragen halten 41 Prozent den Streik für legitim, während sich 61 Prozent wünschen, dass die Regierung ihre Reformen durchsetzt

Rückblick

In Frankreich existieren derzeit 40 unterschiedliche Rentensysteme. Die Komplexität ihrer Berechnungsgrundlagen geht zu Lasten des Staates. Dies zu ändern entspricht Macrons Plan, die Staatsausgaben zu senken.

Ausblick

Unklar ist bisher, wie genau das neue Rentensystem aussehen soll. Zusammen mit der Arbeitsmarktreform handelt es sich bei der Rentenreform um eines der umstrittensten Vorhaben des Präsidenten, das mit hoher Wahrscheinlichkeit große Wellen in der französischen Bevölkerung schlagen und sich in Protesten äußern wird. Die Reform betrifft diejenigen, die mehr als fünf Jahre vor dem Renteneintrittsalter stehen. Die Änderung wird auch nicht auf einmal, sondern graduell erfolgen, was im Detail noch zu präzisieren ist.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

BÜRO FRANKREICH

DR. NINO GALETTI

TATJANA SARANCA

NELE KATHARINA WISSMANN

7. Mai 2018

www.kas.de

Macron und seine großen Grundsatzreden



Für Beobachter erklärt sich Macrons Medienstrategie auch damit, dass er es bevorzugt, seine Ideen und Impulse in Reden darzulegen, was ihm mehr Zeit und Raum für seine Argumente lässt.

Europapolitische Impulse gab er in seinen Grundsatzreden in der Universität Sorbonne und in Athen sowie bei seinen Reden vor dem Europäischen Gerichtshof für

Menschenrechte und dem Europäischen Parlament. Die neue Afrikastrategie Frankreichs stellte er in seiner Rede in Ouagadougou vor. Viel bemerkt und kommentiert wurde seine Grundsatzrede zu Amtsbeginn vor dem Kongress – einer gemeinsamen Sitzung der Nationalversammlung und des Senats -, der von Amtsvorgänger François Hollande nur ein einziges Mal, nach den Pariser Terroranschlägen, zusammengerufen wurde. Als taktischer Schachzug wurde seine Rede im Collège des Bernardins, in der er zur Aussöhnung zwischen der katholischen Kirche und dem Staat aufrief, eingeschätzt. Macron weiß um den starken Einfluss der Kirche auf viele gesellschaftspolitische Themen. Reformen in diesem Bereich möchte er durch den Dialog möglichst konfliktfrei über die Bühne bringen.

Arbeitslosenversicherung

Inhalt

Die defizitäre, von Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften verwaltete Kasse soll finanziell ins Gleichgewicht kommen. Künftig soll sie vom Staat kontrolliert werden. An den Leistungen soll jedoch nichts geändert werden. Bislang zahlt die Versicherung maximal 7.450 Euro im Monat, höchstens 36 Monate lang. Bereits nach vier Monaten Beitragszeit bekommen Arbeitslose etwa 70 Prozent ihres Nettogehalts. Fortan soll eine schärfere Kontrolle der Arbeitslosen eingeführt werden. Diese sollen ihre aktive Jobsuche künftig im Detail nachweisen müssen und „zumutbare“ Stellenangebot nicht mehr folgenlos ablehnen können. Jobsuchende müssen mit einer stärkeren Kürzung ihrer Bezüge rechnen, wenn sie sich nicht ausreichend um eine neue Stelle bemühen. Was die Beiträge der Arbeitgeber betrifft, so soll eine Bonus-Malus-Regel eingeführt werden: Unternehmen, die wenig unbefristete Arbeitsverträge abschließen und vor allem auf prekäre Arbeitsverhältnisse setzen, die hohe Ausgaben der Arbeitslosenversicherung nach sich ziehen, sollen mehr zahlen, als jene, die unbefristete Verträge abschließen. Bislang entrichten alle Unternehmen eine Abgabe von 4 Prozent ihrer Lohnsumme, hinzukommen 2,4 Prozent des Bruttolohns auf Seiten der Arbeitnehmer. Außerdem sollen unter bestimmten Umständen Arbeitnehmer, die gekündigt haben, oder Freiberufler, die bis jetzt vom System ausgeschlossen sind, Zugang zum Arbeitslosengeld erhalten. Der Vorschlag sieht für Selbstständige im Falle einer Firmenauflösung ein Arbeitslosengeld von 800 Euro monatlich für eine Laufzeit von sechs Monaten vor. Hat ein Beschäftigter in der Vergangenheit von sich aus gekündigt, hatte er keinen Anspruch auf Arbeitslosengeld. Das soll sich nun ändern. In einem Zeitraum von fünf Jahren darf ein Arbeitnehmer künftig einmal infolge einer selbstinitiierten Kündigung Arbeitslosengeld beziehen.

Planungsstand

Gemäß des Reformkalenders der Regierung soll die Reform der Arbeitslosenversicherung noch im Sommer 2018 beschlossen und direkt umgesetzt werden. Auf einen entsprechenden Verordnungstext haben sich

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

BÜRO FRANKREICH

DR. NINO GALETTI

TATJANA SARANCA

NELE KATHARINA WISSMANN

7. Mai 2018

www.kas.de

die Sozialpartner (Gewerkschaften, Verbände) und die Regierung am 22. Februar bei einem gemeinsamen Treffen geeinigt. Trotz der Einigung hat die Regierung angekündigt, den Gesetzestext vor Inkrafttreten ändern zu wollen. Einen entsprechenden überarbeiteten Vorschlag hat die Arbeitsministerin Muriel Pénicaud Anfang März präsentiert. Er wird am 29. Mai im Sozialausschuss diskutiert.

Gegner

Insbesondere der Conseil d'Etat (Äquivalent zum Bundesverwaltungsgericht) äußerte sich negativ über den Text von Ministerin Pénicaud. Er habe Zweifel an der Verfassungskonformität einiger Änderungen, insbesondere was das Arbeitslosengeld für Selbstständige angehe. Zweifelhaft daran sei, ob die Gewerkschaften, die den Vorschlag aushandelten, überhaupt dazu berechtigt seien, da sie die Selbstständigen ja nicht vertreten würden. Auch die Pôle Emploi, die französische Arbeitsagentur, läuft Sturm gegen den Vorschlag der Arbeitsministerin. Die Regierung habe bei all den Änderungen keine Aufstockung des Personals in den Arbeitsämtern vorgesehen, das künftig die Anträge der ganzen neuen Berechtigten prüfen soll.

Ausblick

Die Regierung verspricht sich von den Maßnahmen eine größere Mobilität der Arbeitnehmer. Sie sollen sich trauen dürfen, ohne Existenzängste den Arbeitgeber zu wechseln und sich beruflich auch mal neu orientieren dürfen. Auch Gründer von kleinen Unternehmen und Start-Ups sollen zum Schritt in die Selbstständigkeit ermutigt werden. Personen, die bereits arbeitslos sind, soll der Anreiz genommen werden, länger in der Arbeitslosigkeit zu verharren.

Bildungsreform

Inhalt

Diese Reform wird das französische Bildungssystem tiefgehend verändern. In vielen Punkten ist eine Anlehnung an das deutsche Modell nicht von der Hand zu weisen. So sollen beim allgemeinbildenden Abitur

die bisherigen Spezialisierungen auf Literatur, Wirtschaft und Soziales oder Wissenschaft abgeschafft werden und ähnlich wie in Deutschland Leistungskurse nach Neigung der Schüler gewählt werden können. Eingerichtet werden soll zusätzlich ein großer gemeinsamer kultureller Sockel, der prioritär fächerübergreifend Zukunftsthemen wie Human- und Geisteswissenschaften im digitalen Zeitalter, Informationstechnologien und Digitalwirtschaft behandeln soll. Für Frankreich, wo Zentralprüfungen und Concours gesellschaftlich einen hohen Stellenwert einnehmen, ist der Vorschlag, das Gewicht der Abiturprüfungen zu relativieren, als revolutionär einzuordnen. Abschlussprüfungen würden künftig nur noch zu 60 Prozent in die Endnote einfließen und die Leistungen der letzten Schuljahre stärker einbezogen werden.

Auch das französische Ausbildungssystem, das deutlich weniger Jugendliche als in Deutschland fortbildet, soll modernisiert und für Schulabgänger attraktiver gemacht werden. Der Zugang zu den französischen Universitäten soll hingegen strenger geregelt werden. Frankreich kannte bisher keine Zugangsbeschränkungen wie etwa den „Numerus clausus“; nun sollen Universitäten ihre Studenten zum ersten Mal auf Grundlage von Motivationsschreiben, Lehrerempfehlungen und den Schulnoten der letzten beiden Jahre relativ frei nach Profil und Eignung auswählen dürfen.

Planungsstand

Die Schulreform wurde am 14. Februar 2018 von Bildungsminister Jean-Michel Blanquer vor dem Ministerrat vorgestellt. Ab Juni 2021 soll das neue System gelten, somit sind angesichts der dreijährigen Oberstufenzeit alle Schüler betroffen, die im nächsten Schuljahr in die Oberstufe kommen.

Gegner

Gegner der Reformen verweisen insbesondere auf die Gefahr, dass das französische Gleichheitsprinzip aufgeweicht werden könnte. Nationale zentrale Prüfungen hätten die gleichen Abiturbedingungen für alle Schüler gewährleistet, nun könnte die Qualität der Prüfung stark vom schulischen Um-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

BÜRO FRANKREICH

DR. NINO GALETTI

TATJANA SARANCA

NELE KATHARINA WISSMANN

7. Mai 2018

www.kas.de

feld abhängig gemacht und insbesondere Problemschulen im Bildungsvergleich abgehängt werden. Auswahlverfahren an Universitäten würden gerade Schülern aus bildungsarmen Schichten den Zugang zu Bildung erschweren, denn Universitäten könnten auf Wohnort oder ethnische Herkunft achten.

Rückblick

Die Debatte über die „Contrôle continu“, also der Einbezug aller Leistungen, die während der dreijährigen Oberstufenzeit erbracht wurden, zieht sich durch die Bildungsgeschichte des Landes. Bisher ist es keinem Bildungsminister gelungen, das französische System aufzuweichen.

Die französischen Oberstufenschüler haben an den zentralen Sozialstreiks der vergangenen Jahre teilgenommen und den Schulbetrieb teilweise stillgelegt. Insbesondere die Demonstrationen gegen den „Contrat première embauche“, den „Vertrag zur Ersteinstellung“, die den Kündigungsschutz aufweichen sollte, setzten die Regierung von Dominique de Villepin im Jahr 2006 unter Druck und zwang sie schließlich das Gesetz zurückzuziehen. 2016 bremsen Schulblockaden während der Abiturprüfungen das Gesetz zum französischen Arbeitsrecht (Gesetz zur Arbeit und zur Modernisierung des sozialen Dialogs sowie zur Absicherung des beruflichen Werdegangs) aus.

Ausblick

Derzeit sieht es nicht so aus, als ob sich Staatspräsident Emmanuel Macron durch die Besetzung von französischen Universitäten und Streiks von seinen Reformplänen abbringen lassen wird. Vor der Räumung eines Campus der Universität Paris I durch die französische Bereitschaftspolizei CRS schreckte er, anders als seine Vorgänger, nicht zurück.

Macron und die Diplomatie I

„Es ist wichtig, mit allen zu sprechen“, dieser Satz von Emmanuel Macron, den er bei einem kurzfristigen Besuch in Saudi-Arabien äußerte, fasst die außenpolitische Linie des Staatspräsidenten sehr gut zusammen. Macrons Ziel ist es, Frankreich wieder als diplomatischen Akteur auf der politischen Weltbühne zu etablieren. Während Vorgänger François Hollande viele rote Linien zog, versteht sich Macron als Realpolitiker.

USA

13. – 14. Juli 2017: Besuch von Donald Trump in Paris

23. – 25. April 2018: Besuch von Emmanuel Macron in den USA

Russland

29. Mai 2017: Besuch von Wladimir Putin in Versailles

Geplant: 24. - 26. Mai
Teilnahme von Emmanuel Macron am Internationalen Wirtschaftsforum in Sankt-Petersburg

Asyl- und Einwanderungsgesetz

Inhalt

Ziel der Reform ist es, die Asylverfahren zu beschleunigen sowie abgelehnte Asylsuchende und Wirtschaftsmigranten konsequenter abzuschieben. Zugleich sollen die Aufenthaltsrechte von Flüchtlingen verbessert werden, die einen sogenannten subsidiären Schutz genießen. Das neue Gesetz sieht zum Beispiel vor, dass ins Land kommende Asylbewerber ihren Antrag spätestens nach 90 Tagen stellen müssen, bisher betrug die Frist 120 Tage. Über die Anträge soll künftig in durchschnittlich sechs Monaten endgültig entschieden werden, statt wie bislang in neun Monaten. Die Dauer der Polizeihaft zur Identitätsklärung und der Abschiebehaft wird verlängert. Im Gegenzug

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

BÜRO FRANKREICH

DR. NINO GALETTI
TATJANA SARANCA
NELE KATHARINA WISSMANN

7. Mai 2018

www.kas.de

soll die Aufenthaltserlaubnis für subsidiär Schutzberechtigte von einem Jahr auf vier Jahre verlängert werden. Minderjährige Flüchtlinge sollen das Recht erhalten, nicht nur ihre Eltern, sondern auch ihre Geschwister nach Frankreich nachkommen zu lassen.

Planungsstand

Das Gesetz wurde am 22. April 2018 in der Nationalversammlung verabschiedet (228 Stimmen, 139 Gegenstimmen und 24 Enthaltungen). Ab Mai finden die öffentlichen Debatten im Senat statt.

Gegner

Les Républicains: Nach Meinung der bürgerlich-konservativen Partei zeigt der Gesetzesentwurf die laxen Haltung der Regierung auf. Nötig wäre eine Transformation der französischen Einwanderungspolitik; bei dem Gesetzeswurf handele es sich lediglich um einige technokratische Änderungen.

Flüchtlingsverbände: Kritik an der Unterscheidung zwischen Flüchtlingen und irregulären Migranten; Kritik an der Verringerung der Fristen für Antragsteller: Den Antragstellern wird ein Zeitraum von 90 Tagen (bisher 120 Tage) ab Einreise eingeräumt, um den Asylantrag zu stellen. Berufung gegen das Urteil des „Französisches Amtes für den Schutz von Flüchtlingen und Staatenlosen“ (OFPRA) kann nur noch 15 Tage (bisher 30 Tage) nach Urteilsverkündung eingelegt werden.

Hoher Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen: Begrüßt wird die Einrichtung einer vierjährigen Aufenthaltsgenehmigung für subsidiär Schutzberechtigte und Staatenlose. Diese Maßnahme wird als beispielhaft für die europäischen Partner eingeschätzt. Auch die Ausweitung des Familiennachzugs für Geschwister wird als positiv eingeschätzt. Kritisch wird die Verkürzung der Fristen für Antragsteller gesehen. Der UNHCR empfiehlt hier eine Beibehaltung der einmonatigen Berufungsfrist, um den Antragstellern die nötige rechtliche Hilfe gewährleisten zu können. Die Verlängerung der Dauer der Verwaltungshaft wird stark kritisiert und als konträr zur internationalen Norm bezeichnet. Hier müssen nach Mei-

nung des UNHCR Alternativen, gerade für Kinder, ungeachtet des Aufenthaltsstatus, gefunden werden.

Menschenrechtskommissar des Europarates: Befürchtet wird eine Verletzung der Menschenrechte: Die Verkürzung der Fristen zur Antragsstellung werden für nicht einhaltbar eingeschätzt. Gerade im Rahmen der Schnellverfahren könnten komplexe Einzelfälle nicht im nötigen Ausmaße begutachtet werden. Die Einschätzung bezüglich der Verwaltungshaft fällt wie die Einschätzung des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen aus.

Rückblick

Bereits vor drei Jahren wurde die französische Asylpolitik tiefgehend reformiert. Ziel der Reform aus dem Jahr 2015 war es, Frankreichs Politik an die europäischen Standards – das 2013 votierte Asylpaket – anzupassen und Aufnahmekonditionen der Asylbewerber zu verbessern. Trotz der Reform hat die sich ab 2015 abzeichnenden Flüchtlingskrise zu katastrophalen Zuständen und zahlreichen illegalen Camps insbesondere in Paris geführt, so dass Frankreich derzeit nicht seinen eigenen rechtlichen Standards gerecht und die Reform von 2015 als nicht zielführend eingeordnet werden kann.

Ausblick

Bereits in der Nationalversammlung wurden über 1000 Änderungsanträge gestellt, die zu großem Teil jedoch nicht angenommen wurden. Viele der Anträge kamen aus den Reihen der bürgerlich-konservativen Partei „Les Républicains“, die auch bei der Debatte im Senat den Ton angeben wird, wo sie die Mehrheit stellt. Sollte es zwischen beiden Kammern zu keiner Einigung kommen, scheint es wahrscheinlich, dass die Nationalversammlung den Senat überstimmen wird.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

BÜRO FRANKREICH

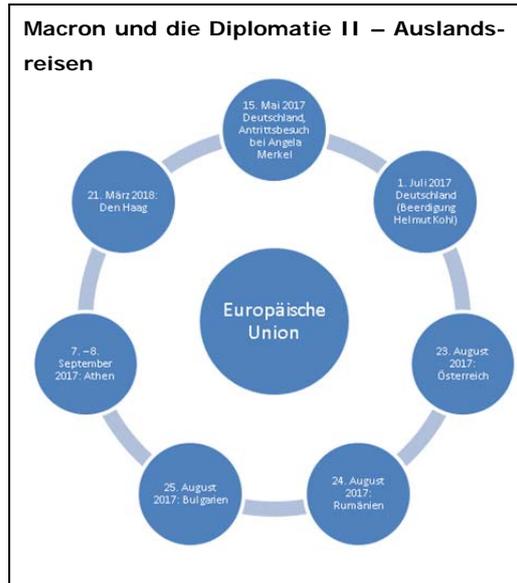
DR. NINO GALETTI

TATJANA SARANCA

NELE KATHARINA WISSMANN

7. Mai 2018

www.kas.de



Verfassungsreform

Inhalt

Die von der Regierung angestrebte Verfassungsreform sieht verschiedene Maßnahmen vor, die insbesondere auf eine Verschlankung des politischen Systems in Frankreich abzielen. Zu nennen ist die Reduzierung der Zahl der Abgeordneten und Senatoren um ein Drittel, die Begrenzung der aufeinanderfolgenden Mandate auf drei sowie die Einführung des Verhältniswahlrechts für 10-25 Prozent der Sitz. Eine höhere Effizienz der Parlamentsarbeit soll dadurch erreicht werden, dass die durch die Ausschüsse abgelehnten Gesetzesänderungen nicht erneut in den öffentlichen Sitzungen vorgelegt werden sollen. Vorgesehen ist die Auflösung des Gerichtshofs der Republik (frz. Cour de justice de la République), der ausschließlich über die Verfehlungen französischer Minister in Ausübung ihres Amtes urteilt. Diese Kompetenzen sollen durch das Berufungsgericht von Paris übernommen werden. Von großer politischer Bedeutung ist auch das Ziel, einen Sonderstatus für Korsika in die Verfassung aufzunehmen und den Kampf gegen den Klimawandel in den Artikel 34 der Verfassung zu überführen.

Planungsstand

Die Reform wird am 9. Mai vor dem Ministerrat vorgestellt werden. Weitere Daten sind bisher nicht bekannt. Im März fanden Konsultationen mit Vertretern aus dem Senat und der Assemblée Nationale statt,

denn gerade im Senat stellt sich die bürgerlich-konservative Mehrheit gegen die Reform. Damit die Verfassungsreform verabschiedet werden kann, sind jeweils drei Fünftel der Stimmen aus Senat und Nationalversammlung notwendig.

Gegner

Größter Gegner der Reform ist der Senat. Für Gérard Larcher, Präsident des Senats, ist die Begrenzung der Mandatszahl auf drei Amtszeiten „nicht akzeptabel“, da sie die „Wahlfreiheit der Wähler“ beschränken würde. Außerdem sei die Reform nicht notwendig, da nur sieben von 348 Senatoren davon betroffen seien. Die Reduzierung der Zahl der Abgeordneten und Senatoren um ein Drittel sieht Larcher als Gefahr für die ländlichen Gebiete an, da diese unterrepräsentiert wären.

Rückblick

Die Verfassung der Fünften Republik wurde seit der Erstfassung von 1958 durch 24 verschiedene Texte geändert. Mehrheitlich fanden die Änderungen auf Grundlage des Artikels 89 der Verfassung statt: „Die Initiative zur Änderung der Verfassung steht sowohl dem Präsidenten der Republik auf Vorschlag des Premierministers als auch den Mitgliedern des Parlaments gleichberechtigt zu. Der Änderungsentwurf oder -vorschlag muss von beiden Kammern im gleichen Wortlaut verabschiedet werden. Nach Zustimmung durch einen Volksentscheid tritt die Verfassungsänderung in Kraft. Der Änderungsentwurf wird jedoch nicht zum Volksentscheid gebracht, wenn der Präsident der Republik beschließt, ihn dem als Kongress einberufenen Parlament vorzulegen.“ 22 Verfassungsänderungen wurden durch den Kongress entschieden. Lediglich die Verkürzung der Amtszeit des französischen Präsidenten von sieben auf fünf Jahre („quinquennat“) im Jahr 2000 wurde zwar auf Grundlage des Artikels 89, jedoch durch einen Volksentscheid durchgesetzt. Einmalig wurde der Artikel 11 („Der Präsident der Republik kann - auf Vorschlag der Regierung während der Sitzungsperioden oder auf gemeinsamen Vorschlag beider Kammern, welche im Journal officielle veröffentlicht werden - jeden Gesetzentwurf zum Volksentscheid bringen, der die Organisati-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

BÜRO FRANKREICH

DR. NINO GALETTI
TATJANA SARANCA
NELE KATHARINA WISSMANN

7. Mai 2018

www.kas.de

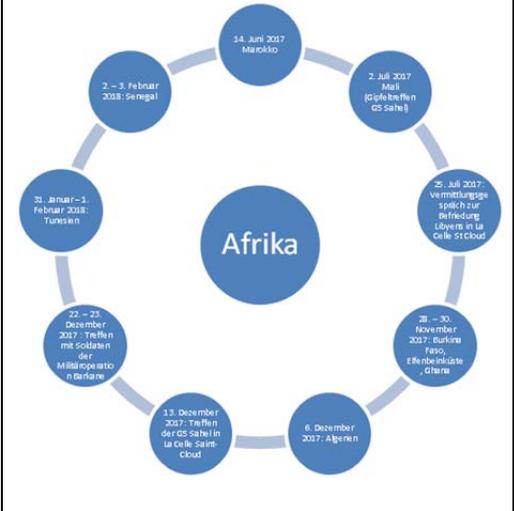
on der öffentlichen Gewalten sowie Reformen der Wirtschafts- oder Sozialpolitik der Nation und der dazu beitragenden öffentlichen Dienste betrifft, auf die Aufnahme eines Vertrags der Gemeinschaft oder auf die Ermächtigung zur Ratifikation eines Vertrages abzielt, welcher, ohne gegen die Verfassung zu verstoßen, Auswirkungen auf das Funktionieren der Institutionen hätte.“) zur Änderung der französischen Verfassung von 1958 angewandt: Charles de Gaulle setzte 1962 die Direktwahl des Staatspräsidenten, am Parlament vorbei, per Referendum durch. Die letzte Verfassungsänderung fand 2008 unter Staatspräsident Nicolas Sarkozy statt. Der Staatspräsident erhielt durch die Reform vor dem Parlament ein Rederecht (Einberufung des Kongresses) und die maximale Amtszeit eines Präsidenten wurde auf zwei Mandate (Artikel 6), also zehn Jahre, beschränkt.

17 Verfassungsreformen konnten nicht durchgesetzt werden. Zu nennen sind zum Beispiel das Wahlrecht für Nicht-EU-Bürger bei Kommunalwahlen (2000-2011) und die Übernahme von Notstandsregelungen in die Verfassung (2015-2016), deren Durchsetzung jeweils nach Änderungen durch den Senat eingestellt wurde.

Ausblick

Unklar bleibt, ob der französischen Staatspräsident Emmanuel Macron Artikel 89 oder Artikel 11 der französischen Verfassung anwenden wird, um die Verfassungsreform durchzusetzen. Larcker hält die Abhaltung eines Volkentscheids auf Grundlage von Artikel 11 für ein Gerücht. Der Vorsitzende der Nationalversammlung François de Rugy ließ wiederum verlauten: „Die Franzosen werden unerbittlich sein mit all denen, die sich einem Wechsel, der die Demokratiekrise bekämpfen will, verschließen.“

Macron und die Diplomatie III - Auslandsreisen



Öffnung der künstlichen Befruchtung für alle Frauen

Inhalt

Die Öffnung der künstlichen Befruchtung für alleinstehende Frauen und lesbische Paare ist Teil einer geplanten Reform der derzeitigen bioethischen Gesetzgebung. Die Reform umfasst des Weiteren die Themengebiete Embryonenforschung, Organspende, künstliche Intelligenz im Gesundheitsbereich sowie Leihmutterchaft.

Planungsstand

In seinem Wahlprogramm hatte sich Staatspräsident Emmanuel Macron für die Öffnung der künstlichen Befruchtung für alleinstehende Frauen und lesbische Paare ausgesprochen, war dann aber zurückgerudert und hatte der LGBT-Bewegung in einem Brief von April 2017 mitgeteilt, die Entscheidung der Ethikkommission (Comité consultatif national d'éthique – CCNE) abwarten zu wollen. Diese plädierte in ihrer Entscheidung von Juni 2017 für eine Öffnung.

Emmanuel Macron möchte einen erneuten „Kulturkampf“, wie ihn Frankreich 2012/2013 rund um die „Ehe für alle“ erlebte, verhindern. Noch im Wahlkampf reichte er den Gegnern der Reform, der „Manif pour tous“, die Hand: Die Bewegung sei 2013 gedemütigt worden und Frankreich habe es nicht verstanden, auch diesem Teil der Gesellschaft zuzuhören. Dies soll nun im Rah-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

BÜRO FRANKREICH

DR. NINO GALETTI

TATJANA SARANCA

NELE KATHARINA WISSMANN

7. Mai 2018

www.kas.de

men der „Generalstände zur Bioethik“ erfolgen, die seit Anfang 2018 stattfinden und sich als Diskussionsforum verstehen. Eine Reform vor 2019 scheint unwahrscheinlich. Die französischen LGBT-Aktivisten fordern eine schnelle politische Entscheidung in diesem Bereich, da ihnen bereits der ehemalige Staatspräsident François Hollande die Öffnung der In-Vitro-Medizin im Doppelpaket mit dem Heiratsrecht versprochen hatte.

Gegenstimmen

Als größter Gegenspieler in der Nationalversammlung wird sich die Oppositionspartei „Les Républicains“ positionieren. Eine Öffnung der künstlichen Befruchtung wurde von verschiedenen Vertretern der Parteit Spitze bei Medienauftritten abgelehnt. Die Partei führt das Argument auf, dass eine Öffnung der künstlichen Befruchtung für lesbische Paare automatisch eine Legalisierung der Leihmutterchaft mit sich ziehen wird, da schwule Paare auf Basis des Gleichheitsprinzips ähnliche Rechte einfordern werden.

Rückblick

In Frankreich brach ein Kulturkampf los, als der ehemalige Staatspräsident François Hollande 2013 sein Wahlprogrammversprechen, die Ehe für gleichgeschlechtliche Paare zu öffnen, durchsetzte und die beiden Kammern des Parlaments das Gesetz bewilligten. Der „Mariage pour tous“ (Ehe für alle) stellte sich mit der „Manif pour tous“ („Demo für alle“) eine wachsende Gruppe an Protestierenden entgegen. Nachdem die Verfassungsbeschwerde der Opposition vom Verfassungsrat abgewiesen worden war, versammelte die „Manif pour tous“ in der französischen Hauptstadt im Januar 2013 Hunderttausende Gegner der Reform, die das Prozedere für undemokratisch hielten und ein Referendum forderten.

Ausgerechnet im Land der Revolutionen, so titelte die internationale Presse, wurden zentrale ethische Fragen zur Zerreißprobe der französischen Gesellschaft. Dabei ist der Kulturkampf kaum verwunderlich. Dem strikt laizistischen Staat steht ein starkes traditionalistisches, insbesondere katholisches Milieu entgegen, dem sich je nach Debattenthema auch Teile der protestanti-

schen, jüdischen und muslimischen Gemeinde anschließen.

Auch vier Jahre nach dem Kulturkampf um die gleichgeschlechtliche Ehe haben sich in Frankreich nicht alle Wogen geglättet. Die aus der „Manif pour tous“ hervorgegangene politische Gruppierung „Sens Commun“ (Gemeinsinn) mischte auch im Präsidentschaftswahlkampf 2017 kräftig mit und unterstützte öffentlich den Kandidaten der bürgerlich-konservativen Partei „Les Républicains“ François Fillon, der eine Änderung des Gesetzes zur gleichgeschlechtlichen Ehe gerade im Bereich des Adoptionsrechts ankündigte. „Sens commun“ setzt sich für die traditionelle Familie und klassische Geschlechterrollen ein und bekämpft die In-Vitro-Fortpflanzung ebenso wie das Fristenmodell bei der Abtreibung.

Ausblick

Nach einer Umfrage stehen derzeit sechs von zehn Franzosen einer Öffnung der künstlichen Befruchtung für alle Frauen positiv gegenüber. Diese Prozentzahl stieg seit 2014 sogar um 6 Punkte. Auch wenn ein erneuter gesellschaftspolitischer Kulturkampf droht, scheint die Reform wahrscheinlich.

Die französische Ethikkommission hat sich im Sommer 2017 deutlich gegen eine Legalisierung der Leihmutterchaft ausgesprochen. Deswegen scheint es sehr unwahrscheinlich, dass diese Teil der Reform wird. Festzuhalten ist jedoch, dass sich 64 Prozent der Franzosen und somit deutlich mehr als noch im Jahr 2014 (44 Prozent), für die Legalisierung aussprechen. 18 Prozent der Befragten wollen sie grundsätzlich legalisieren lassen, 46 Prozent nur aus medizinischen Gründen.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

BÜRO FRANKREICH

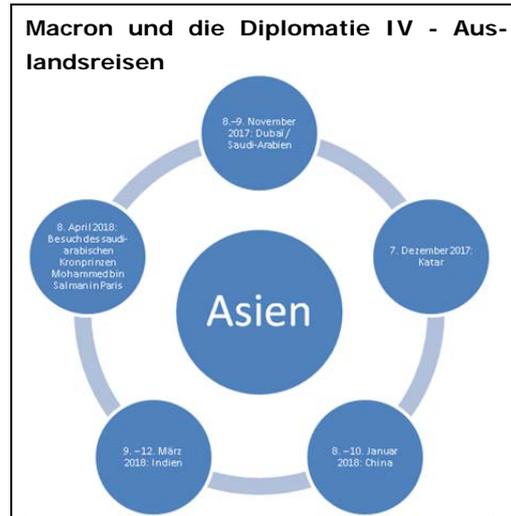
DR. NINO GALETTI

TATJANA SARANCA

NELE KATHARINA WISSMANN

7. Mai 2018

www.kas.de



Steuerreform

Inhalt

Mit seiner Steuerreform setzt Macron ein weiteres Wahlversprechen um. Dabei wird die Vermögenssteuer für alle Anlageformen außer Immobilien abgeschafft. Im Gegenzug sollen besonders teure Luxusgüter wie Yachten höher besteuert werden. Auf Kapitalerträge gilt künftig ein einheitlicher Steuersatz von 35 Prozent - bislang war er je nach Höhe der Gesamteinkünfte eines Steuerzahlers gestaffelt. Schrittweise bis zum Jahr 2022 soll außerdem die Unternehmenssteuer von derzeit 33,3 Prozent auf 25 Prozent gesenkt werden. Der Sozialzuschlag für Unternehmen mit einem Steueraufkommen von mehr als 763.000 Euro in Höhe von zusätzlich 3,3 Prozent bleibt weiterhin in Kraft. Gleichzeitig hat die Regierung den „Allgemeinen Sozialbeitrag“ (CSG), eine steuerähnliche Sozialabgabe, erhöht. Geplant ist bis 2020 außerdem die schrittweise Abschaffung der Wohnsteuer. Sie wurde zunächst für 80 Prozent der Bürger mit dem niedrigsten Einkommen abgeschafft.

Nicht nur Details im Steuerrecht sollen verändert werden, sondern auch die Art der Abzüge. Bisher versteuert man in Frankreich im Folgejahr. Ab 1.1.2019 wird umgestellt: die Steuer wird dann direkt vom Einkommen abgezogen.

Planungsstand

Ein Großteil der Änderungen trat bereits am 1. Januar in Kraft. Die zeremonielle Unterzeichnung der Reformen durch den Präsi-

denten wurde sogar live im Fernsehen übertragen.

Gegner

Bei Macrons Kritikern brachte die Reform den Spitznamen „Präsident der Reichen“ ein. Die Erhöhung der „Allgemeinen Sozialbeitrag“ (CSG) im Zusammenhang mit der Abschaffung der Vermögenssteuer sei sozial nicht vertretbar, so die Gegenstimmen. Die erhöhte Sozialabgabe senke die Kaufkraft der Bevölkerung, was besonders bei Rentnern zu einer Mehrbelastung führe. Aufgebrachte Rentner demonstrierten prompt gegen das Vorhaben. Die Änderung betrifft Empfänger von Altersrenten von mehr als 1283 Euro monatlich. Diese Umverteilung bestärkt die Senioren in ihrem unbehaglichen Gefühl, seit Jahren die „Milchkühe“ der Finanz- und Steuerpolitik zu sein. Mit der Abschaffung der Wohnungssteuer brachte Macron auch die Kommunen gegen sich auf. Es wird geschätzt, dass die Wohnungssteuer bislang mehr als ein Drittel der Gesamteinkommen der französischen Gemeinden ausmacht.

Befürworter

Die Neuerungen trügen zum Umbau des Landes bei, sagte Emmanuel Macron bei der Unterzeichnung der Gesetze. Sie sollen unter anderem Anreize für Investitionen setzen, um die französische Wirtschaft anzukurbeln und Frankreich damit endlich aus dem hohen Staatsdefizit herausholen. Investoren und Unternehmer begrüßen daher die Vorhaben der Regierung. Die deutsche Industrie- und Handelskammer äußerte sich besonders positiv über die Angleichung der Unternehmenssteuer zwischen Deutschland und Frankreich. Die Abschaffung der Wohnungssteuer freut die französischen Bürger. Die Steuer wurde vielerorts als zu hoch empfunden. In einigen Arrondissements von Paris gilt sie mit etwa 600 Euro jährlich für eine 60 Quadratmeter-Wohnung noch als niedrig. Eine Bemessungsgrundlage für die Abgabe existiert ohnehin nicht. Ärmere Kommunen langten meist viel kräftiger zu, was diese Steuer besonders ungerecht macht.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Rückblick/Ausblick

BÜRO FRANKREICH

DR. NINO GALETTI

TATJANA SARANCA

NELE KATHARINA WISSMANN

7. Mai 2018

www.kas.de

Jahrelang war Frankreich aufgrund seines Steuersystems nicht attraktiv genug für Investoren und ausländische Unternehmen. Im Jahr 2013 trieb es Macrons sozialistischer Vorgänger François Hollande auf die Spitze und verhängte eine Einkommenssteuer von 75 Prozent auf Einkommen von mehr als einer Million Euro. Das führte damals zu einem großen Aufstand bei den französischen Großverdienern, die vielfach ihren Wohnort ins Ausland verlegten. Einer der prominentesten Vertreter war der Schauspieler Gérard Depardieu, der als Konsequenz sogar die russische Staatsbürgerschaft annahm. Die Steuer wurde zwar vom französischen Gericht später gekippt – die abschreckende Wirkung auf Investoren aber blieb. Das soll sich dank Macrons Gesetz nun schnell ändern. Frankreich soll sich nach den Worten Macrons der „Realität des 21. Jahrhunderts stellen“.